

Deutsche Gemeinde-Zeitung

Begründet 1862.

Vereinigt mit der Wochenschrift „Die Selbstverwaltung“

Nummer 9.

Berlin, den 2. März 1918.

57. Jahrgang.

Die Deutsche Gemeinde-Zeitung erscheint wöchentlich in 2 Ausgaben:

Ausgabe A mit den Beilagen: „Orts-gesetze“, „Archiv für Verwaltungsrecht“ und „Kommunaler Literaturanzeiger“ für halbjährlich M. 12.—

Ausgabe B ohne diese Beilagen für halbjährlich M. 7,70.

Wochenschrift
für Deutsches Kommunal- und Staats-Verwaltungswesen
in Gemeinde, Kreis und Provinz.

Verlag und Expedition bei:

P. Stankiewicz' Buchdruckerei G. m. b. H., Berlin SW. 11, Bernburgerstr. 14.

Inserate: im allgemeinen Teil 30 Pfg., auf den Umschlagseiten 40 Pfg. für jede viergespaltene Petitzeile. Vorzugsplätze nach besonderer Vereinbarung. Bei Wiederholungen mit Rabatt.

Inhalt: Die Parteipolitik in der Gemeinde. Von Regierungsrat v. Hassell.

Die Entwicklung Budapests zur Großstadt. Von Dr. Edmund v. Wildner, Magistratsrat und Leiter der Kulturellen Sektion der Stadt Budapest aus der Zeit der Größe im Osten. — Die deutsche Hanse in den Ostsee-provinzen. Von Geheimrat Professor Dr. Dietrich Schäfer, Berlin.

Rechtspraxis: Neue Gesetze und Verordnungen etc. — Kohlensteuer.

Entscheidungen.

Entsch. d. R. G. v. 28. 7. 17: Vergütung an die Gemeinden.

Kosten für ein ärztliches Milch-Attest. — Musterverordnungen. Ein Vorschlag von Dr. Duda-Merseburg.

Parlament und Verwaltung. (Innere Fragen.)

Reichstagswahlreform. — Steuerabgrenzung zwischen Reich u. Bundesstaaten. — Die Wirkungen der Ledigensteuer. Von Bürgermeister Dr. Sieblitz-Dschag. — Kriegsernährungswirtschaft. — Soziale Forderungen. Von Bürgermeister Dr. Gerike, Bernau.

Kommunale Chronik. Ostpreußen. — Oberpräsident v. Batocki. — Kleine Mitteilungen. — Städteverbands-Nachrichten.

Sprechsaal. — Personalien.

Beilage: Archiv für Verwaltungsrecht, Teil A. Bd. 44, Bg. 2, S. 5—12.

Die Parteipolitik in der Gemeinde.

Von Regierungsrat v. Hassell.

Die Stellung der Gemeindeparlamente zum Gedankenkreise der Staatspolitik kann eine dreifach verschiedene sein. Es können die Vertretungen der Selbstverwaltungskörperschaften einfach ein Abklatsch des Staatsparlaments sein, d. h. die Wahlen zu den Gemeindevertretungen vollziehen sich unter denselben Parolen und Gruppierungen wie die rein politischen Wahlen. Ausgesprochene Parteiabgeordnete ziehen dann in die Körperschaften ein, es bilden sich feste oder schwankende parteipolitische Mehrheitsverhältnisse, die kommunalen Angelegenheiten werden unter parteipolitischem Gesichtspunkten behandelt, und die parteimässig betrachtete Staatspolitik wird auch unmittelbar zum gemeindlichen Beratungsgegenstande. Das ist der Zustand vor allem in vielen romanischen Ländern. Die Stadtherrschaft ist ebenso Parteisache wie das Stadttamt, die Gemeindevertretung eine Zweigstelle der Volksvertretung. Auf den Charakter dieses Zustandes bin ich an anderer Stelle näher eingegangen.*) Die zweite Möglichkeit ist die umgekehrte Regelung, d. h. die Selbstverwaltungskörper werden als das Ursprüngliche behandelt, nicht in dem Sinne, daß die Selbstverwaltung älter sei als der Staat, sondern in dem, daß ein organischer Aufbau ins Auge gefaßt wird: über den Körperschaften ländlicher und städtischer Selbstverwaltung als Krönung eine Staatsvertretung, die entweder aus den Selbstverwaltungsvertretungen selbst hervorgeht oder doch eine Zusammensetzung aufweist, die sich als ein Widerspiel der Selbstverwaltungskörperschaften im Großen darstellt. Die Grundlagen hierfür werden in berufsständischer Gliederung gefunden. Das ist der Aufbau, den der Reichsfreier v. Stein und seine Mitarbeiter etwa im Auge hatten. Die dritte Möglichkeit ist diejenige, welche bisher im wesentlichen bei uns Wirklichkeit gewesen ist: die Vertretungen der städtischen und ländlichen Selbstverwaltung gehen ihren eigenen Weg, die Wahlen zu ihnen vollziehen sich entweder ohne Beimischung von Parteipolitik oder doch unter Gesichtspunkten, die die parteipolitischen Gedankengänge sehr zurücktreten lassen oder örtlich färben und abweichend von der Staatspolitik bewerten. In den Vertretungen der Selbstver-

waltung werden dann die kommunalen Angelegenheiten im wesentlichen ohne Zusammenhang mit der Staatspolitik und ohne Verfälschung durch Parteipolitik behandelt.

Sachlich betrachtet sind die Ergebnisse dieses letzteren Zustandes sicherlich recht befriedigende gewesen. Aber je mehr die Politisierung des Volkes fortschreitet, je schwerer es ferner wird, die Aufgaben der Kommunalpolitik von denen der Staatspolitik rein zu scheiden, desto mehr drängt die Entwicklung nach der Beseitigung eines Zustandes, bei dem Gemeinde und Staat politisch auf völlig getrennten Straßen marschieren. Anhänger einer organischen Entwicklung, die weder in den Verfassungsformen der liberalen Doktrin noch in den Parteiprogrammen ewige Notwendigkeiten erkennen, wünschen, daß die Richtung nach der an zweiter Stelle behandelten Gestaltung eingeschlagen wird. Sie hoffen auf solchem Wege allmählich zu neuen Formen des Staatslebens zu kommen, bei denen Ladenhüter veralteter Theorien verschwinden, starke Klammern zerbrechen und jene Masken fallen, die heute die Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen notdürftig verhüllen.

Anders die mechanische demokratische Richtung. Sie muß notwendig dazu führen, daß die Parteipolitik, welches die einzige Form ist, unter der der Begriff „Politik“ auf diesem Boden gedeiht, sich auch der Gemeindevertretungen bemächtigt. Anfänge dazu sind in Preußen schon länger vorhanden gewesen. Ganz besonders das Zentrum und die Sozialdemokratie haben ihre Parteifahren auch bei den Gemeindevahlen entfaltet. Sie finden jetzt immer mehr Nachfolger. Haben sich die Zentrumstädtverordneten im Westen schon vor einiger Zeit zu einer Vereinigung zusammen geschlossen, so hat sich jetzt eine „Rheinische Vereinigung für liberale Gemeindepolitik“ gebildet. Noch schimmert zwar der Gedanke durch, daß eigentliche Parteipolitik den Gemeinden fernbleiben sollte: es wird betont, daß Fortschritt und Nationalliberale in der Vereinigung zusammen arbeiten sollten, und die merkwürdige Grenzerweiterung wird verkündet, daß auch rechts von der nationalliberalen Partei stehende Stadtverordnete beitreten sollen, sofern sie gegen Zentrum und Sozialdemokratie Stellung nehmen und ihr Amt „im liberalen Geiste ausüben“. In der Mark Brandenburg ist man weniger weitherzig gewesen und hat klar und deutlich eine Vereinigung der fortschrittlichen Gemeindev-

*) „Tag“, Ausgabe B. v. 1. November 1917.

treter gebildet. Besonders bezeichnend sind jüngste Vorgänge in Hamburg. Hier bestanden in der Bürgerschaft, die freilich zugleich eine Art Staatsparlament darstellt, bisher eine Reihe von Fraktionen, deren genaue Programme und Unterschiede, politisch betrachtet, auch der kundigste Thebaner nicht anzugeben vermochte. Jetzt hat sich die bisherige Fraktion „der Rechten“ in eine nationalliberale Fraktion umgewandelt. Neben ihr und einer sozialdemokratischen und einer liberalen Fraktion bleiben aber zwei bewußt unpolitische große Gruppen, das „Linke Zentrum“ und die „Linke“, bestehend, die die Politisierung ablehnen, „weil in der Bürgerschaft Kommunalpolitik und nicht Reichspolitik getrieben werden soll.“

Die Politisierung, d. h. Parteipolitisierung in der Selbstverwaltung schreitet fort. Noch ist die ländliche Selbstverwaltung von der Bewegung frei geblieben, aber wer weiß, wie lange noch. In der städtischen wird die Politisierung natürlich einen großen Schritt vorwärts tun, wenn, wie anzunehmen, im Anschluß an die staatliche Wahlreform auch das Gemeinde-Wahlrecht geändert wird. Sozialdemokratische Mehrheiten in fast allen großen Städten würden diese Verhältnisse allerdings sehr einfach gestalten. Von hervorragender städtischer Seite ist vor Kurzem in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ der Wunsch ausgedrückt worden, daß sich nicht zwischen den einzelnen Bürger und die seiner eigenen Einsicht offenen Angelegenheiten seiner Stadt das Blatt Papier eines Parteiprogramms schieben möge. Man muß fürchten, daß der Wunsch unerfüllt bleibt; die Hoffnung die der Verfasser ausspricht, es werde sich die Zugehörigkeit zur Partei zerlegen lassen, ist eine sehr schauung, die ihrem Träger natürlich überallhin mit sich auch in das Stadtparlament folgen dürfe, und in die Stellungnahme zu bestimmten staatspolitischen Fragen, die draußen bleiben solle und könne, diese Hoffnung erscheint sehr kühn. Vollzieht sich die Entwicklung weiter auf den bisher betretenen Bahnen, so wird auch die Selbstverwaltung der Parteipolitik in wachsendem Maße verfallen.

Die Entwicklung Budapests zur Großstadt.

Von Dr. Edmund von Wildner,
Magistratsrat und Leiter der Kulturellen Sektion der Stadt Budapest.

II.

(Vergl. Nr. 3, S. 98.)

Die kulturelle und soziale Arbeit bildet den Ruhmes- titel der Aera Barczy seit seinem frühen Wirken, besonders aber seit dem Jahre 1906. Einige Daten darüber seien hier angeführt:

In weiser Erwägung der zwar nicht ziffermäßigen und dennoch unermesslichen Rentabilität der kulturellen Investitionen, bekundete unsere Stadt eine schier „über die Kraft“ gehende Opferfreudigkeit. In Schulgebäuden wurden während dieser Zeit 60 Millionen Kronen investiert. Die Zahl der Schüler ist 100000, gegen 17000 in den 70-er Jahren. Die Zahl des Lehrpersonals stieg von 410 auf rund 4000. Ganz neue Zweige des Unterrichts wurden erschlossen: ein spezialisierter Fachunterricht im Zeichnen, Söjöd, im Gefange, in der Musik, im landwirtschaftlichen und Gärtnerunterricht, im Industrie-, Kunstgewerbe-, Handelsunterricht, in der fachlichen Unterweisung der Mädchen im Handel und Gewerbe, in der rationellen Hauswirtschaft usw. Die Lehrerschaft erhielt ein großartiges städtisches Fortbildungsseminar. Ebenso eifrig wird die sozialpolitische Seite der Erziehung betrieben: Kinderhorte, Vespertuben, Speisung der Schulkinder, die sich jetzt auf $\frac{1}{3}$ der Schüler erstreckt, die Leibbespflege, Schwimmunterricht, die Gartenarbeit auf den Gemüsekolonien, ihr Unterricht in Werkstätten usw. So wachsen auch die Schulausgaben ganz beträchtlich, von $1\frac{1}{2}$ Millionen auf 25 Millionen Kronen.

Nun zur Sozialpolitik im engsten Sinne des Wortes, denn eigentlich ist die ganze Arbeit einer modernen Großstadt Sozialpolitik.

Vor nicht allzulanger Zeit hatte bei uns das Wort „sozial“ einen üblen Klang, war gleichbedeutend mit „sozialdemokratisch“ und beide wurden samt ihren Wortführern verpönt. Die ein-

stige Stadtleitung gab vor zwei Dezennien einmal eine Subvention einem Priesterorden mit der heute ganz merkwürdig tönenden Begründung, daß der Orden mit seinen Bestrebungen der sozialen Bewegung heilsam entgegensteuere — und siehe! in ein paar Jahren befand sich die ganze Bürgerschaft und die Stadtregierung, in deren Reihen bis dato kein einziger Sozialdemokrat sitzt, ganz kräftig im Fahrwasser des sozialen Kurzes, und werden an diesem Kurs, so Gott will, im Interesse der minderbemittelten Klassen auch weiter festhalten. Die letzten Widersacher wurden im Kampfe um eine radikale Wohnungspolitik, mit welchem diese Sozialpolitik anhub, und in welchem Kampfe ich an der Seite des Herrn Bürgermeister Barczy teilzunehmen das Glück hatte, — lahmgelegt. Mehr als 38 Millionen Kronen haben wir die letzten Jahre in den 6000 Kleintwohnungen, Kolonien, Ledigenheimen, Werkstättenhaus usw., die wir in eigener Regie herstellten und verwalten, investiert. Nach dem Kriege soll und muß dies besonders kräftig fortgesetzt werden. Unsere städtische Bibliothek, eine der besten Zentralbibliotheken speziell für Sozialwissenschaften, wuchs in einigen Jahren auf 200000 Bände. Jetzt wird ein neues Gebäude im Zusammenhange mit der städtischen modernen Bildergalerie mit einem Kostenaufwand von 5 Millionen Kronen geplant. Ein Filialnetz versieht die Volksbibliotheken, die sich auch als Kinderbibliotheken (Tiergartenbibliothek usw.) differenzieren.

Aus Gesprächen mit unseren deutschen Sozialpolitikern habe ich wahrgenommen, daß sie sich besonders für die sozialpolitische Arbeit der Volksernährung interessieren. Der Mahruf der Zeit und meine eigene Fachincompetenz zwingen mich, auf eine andere Gelegenheit zu vertrauen. In zwei Worten will ich jedoch sagen, daß wir diese Tätigkeit schon einige Jahre vor dem Kriege begonnen haben. Wir verließen schon viel früher den alten Kurs, wonach die Stadt sich nur damit befaßte, den freien Handel mit den Lebensmitteln zu ermöglichen und mittelst Schlachthäuser, Viehmärkte, Markthallen, Fleischkassie usw. zu erleichtern und zweitens: die Lebensmittel in sanitärer Hinsicht zu überwachen. Die Stadt griff nämlich selbst aktiv, kräftig handelnd ein: erstens als Selbstproduzent und Selbstbeschaffer der nötigsten Lebensmittel, zweitens als Händler dieser Mittel, um als starker Mitbewerber im Interesse der Minderbemittelten auf die Marktpreise regulierend mäßigend zu wirken.

In eigener Regie wurde die Brotfabrik im Jahre 1909 errichtet, als nur Palermo eine kommunale Brotfabrik hatte. Sie erschafft jetzt täglich 50 000 kg Brot, und gebot der Verschlechterung und der fortwährenden Preissteigerung Halt. Nicht weniger als 1 Million Kronen bedeutete in Friedenszeiten die jährliche Ersparnis der Verzehrer städtischen Brodes. Wir errichteten ein Pferdeschlachthaus mit vielen Verkaufsstellen. Das schönste Resultat haben wir aber mit den städtischen Lebensmittelverkaufsstellen mit einer großen Beschaffungszentrale, Wurst- und Butterfabrik usw. Im Jahre 1911 eröffneten wir diese mit einem Jahresumsatz vom ca 5 Millionen Kronen, jetzt ist der Umsatz in 95 Verkaufsstellen auf 1100 Waggons im Werte von $57\frac{1}{2}$ Millionen Kronen gestiegen. Ein Beweis, daß dem Betriebe die ganze Bevölkerung ein Zutrauen, wie keinem anderen Privatgeschäft, entgegenbrachte. Hauptsächlich dieser Institution ist auch zu verdanken, daß die Verpflegung während des Krieges so ging, daß wir im Großen und Ganzen mit ihr nicht allzusehr unzufrieden zu sein brauchen. In dieser Zentrale und in den sich fortwährend vermehrenden Verkaufsstellen wurden eingeführt: Fleisch- und Wurstwaren, Butter, Fett und Brot eigener Erzeugung, Eier, Käse, Geflügel, Wild, in anderen Stellen wieder Kartoffel, Gemüse, Grünzeug usw. Gemüse und Grünzeug verteilten wir 43 Millionen Kilo im Werte von 11 Millionen Kronen. Es gelangten im Vorjahr 50 000 selbstgemästete Schweine im Gewichte von 8 Millionen kg zur Ausschrotung.

Ebenso sind Dokumente der sozialen Fürsorge: die Erbauung einer modernsten Zentralküche für täglich 12 000 Menschen, die Speiseanstalt der Beamten, Studenten, die beweglichen Kriegsküchen. Unsere arme Bevölkerung macht auch von allen diesen Hilfsquellen ergiebig Gebrauch.

Die rapide Entwicklung, die andere Städte durch zwei bis drei Generationen, oft auch durch Jahrhunderte angehäuften Arbeit langsam erreichten, mußte in Budapest in erster Linie durch die städtische Behörde geleitet werden, und nicht nur geleitet. Die Administration mußte nicht nur die Pläne, sondern auch die Kosten beschaffen, die für diese neuen Institutionen nötig waren. Außerdem mußte diese Behörde die unzähligen Agenden im übertragenden Wirkungsbereich erfüllen, die der Staat durch die neuen Gesetze und Verordnungen sehr freigiebig auf die Schulter der Stadtbürde.

Im Jahre der Vereinigung wies die Stadtbehörde die typischen Merkmale einer alten, dem Polizeistaat entsprechenden Polizeistadtbehörde auf. Die Stadtbehörde sorgte damals wohl oder übel über die Lebens- und Vermögenssicherheit, über die Gesundheit ihrer Bürger, für die Instandhaltung der Straßen, der wenigen Schulen usw. Sie übernahm nur solche Aufgaben, die im strengsten Sinne des Wortes behördliche Aufgaben waren, gab nur Rechte und erließ Verbote, hielt sich aber von der Erschaffung materieller Güter fern. Die Hauptstadt wurde zu einer sehr wichtigen ökonomischen Persönlichkeit. Sie ist heute einer der größten Unternehmer des Landes.

Diese sich mehr und mehr ausbreitende Arbeit Administration muß sich natürlich auch im Anwachsen des Organisationskörpers entsprechend wieder spiegeln. So steigt denn die Zahl des Personals samt Arbeitern von 1510 auf 12 000, ihre Besoldung von 2 1/2 Millionen Kronen auf 28 Millionen Kronen. Daß auch eine vollständige Differentiation des Wissens und der Kenntnisse der Angestellten in der Richtung stattfand, daß sich den reinen Administratoren und Juristen auch Techniker, Mediziner, Kaufmännisch-gebildete in großer Menge beigesellten, daß selbst die reinen Administratoren und Juristen in mancher Hinsicht umfassen, umlernen und sich einer ganz anderen wirtschaftlichen Denkungsweise anbequemen mußten, ist selbstverständlich.

Nun einige Worte über die Finanzen. Das Budget weist folgende Entwicklung auf. Im Jahre nach der Vereinigung beliefen sich die Ausgaben auf 12 1/2 Millionen Kronen, im Jahre 1914 aber auf 90 Millionen Kronen im Ordinarium und Extraordinarium, sowie 24 Millionen Kronen, die von Anleihegeldern bestritten werden mußten. Die Einnahmen erstiegen zur Friedenszeit dieselbe Höhe. Sie stiegen seit 40 Jahren um ca. 360%. Die angeführten Ziffern bedeuten, daß die Hauptstadt im letzten Friedensjahr mit beinahe verzehnfachten Bedürfnissen zu rechnen hat. In der Vergangenheit hatten wir folgende Hauptquellen der Einnahmen zur Verfügung: Steuerzuschläge, selbstständige Gebühren, den Ertrag von Gerechtsamen, von Immobilien, Staatsentschädigungen z. B. für abgelöste Regalien usw. und den Ertrag der eigenen Wirtschaft. Da der Ertrag der Kommunalzuschläge, der Staatsentschädigungen usw. höchstens 30% unserer Ausgaben deckt, da die selbstständigen städtischen Gebühren usw. nur weitere 30%, die städtischen Immobilien 15% abwerfen, müssen die übrigen 25% der Ausgaben vom Ertrage städtischer Betriebe und ev. durch neue Steuern, insofern solche die später anzuführende enge Formulierung des hauptstädtischen Gesetzes überhaupt zuläßt, bestritten werden. Auch die moderne und bei einiger geschäftlicher Rührsamkeit ergiebige Quelle der Betriebe haben wir mehr und mehr in Anspruch genommen. Wir nennen das mit 21 Millionen Kronen abgelöste Gaswerk, das trotz des 50 Millionen kostenden Neubaus ca. 4—5 Millionen Reingewinn abwirft. Dann kam, nachdem früher die Stadt selbst ein kleineres Werk mit 10 Millionen Kronen erbaute, die Ablösung des einen Elektrizitätswerkes mit 22 Millionen Kronen. Diese Werke werfen ca. 3 Millionen Kronen ab. In diesem Jahre folgte die Ablösung des zweiten und letzten Privatelektrizitätswerkes. Als gewinnbringende Betriebe sind noch zu nennen das ca. 5 Millionen Kronen bringende Wasserwerk, die Approvisionierungsanstalten: im letzten Friedensjahr mit 6 Millionen Kronen. Es sind noch der Vollständigkeit wegen zu nennen — wenn sie auch nicht alle auf finanziellen Gewinn abzielen und einen solchen erreichen: die Müllabfuhr und Verwertung, das Anzeigewesen, der Pferdemarkt, die Bäder, der Mineralwasserbetrieb, die Druckerei, Buchbinderei, Fotografieranstalt, die Auktionshalle, die Land- und Forstwirtschaft, das Fuhrgeschäft, die Werkstatt für ärztliche Apparate und Materialien

für Krankenpflege, die Zinshäuser, zwei Redouten und Konzertsäle, zwei Theater, der Tiergarten, die Heizmaterialzentrale, die Lagerhäuser, die Eisfabrik, die Seifenfabrik, die Anstalten für Hausweberei, ja wir haben sogar eine Teppichwerkstatt für Knüpsteppiche und eine Gobelinverbesserungsanstalt.

Da in den allerletzten Jahren infolge der Störungen, die der Krieg in allen Rechnungen verursachte, die sprunghaft angewachsenen Ausgaben durch die bisherigen Einnahmequellen gar nicht zu decken sind — wir haben auf das laufende Jahr z. B. 154 1/2 Millionen Kronen Ausgaben, 116 1/2 Millionen Einnahmen, also ca. 38 Millionen Defizit vorgesehen — da dieser Mangel durch das Defizit der vorangehenden Kriegsjahre noch ganz erheblich gesteigert wird: mußten wir neue Einnahmequellen erschließen, und neue Steuern, wie die Wertzuwachssteuer, Gas- und Elektrizitäts-Beleuchtungssteuer, Straßenbahnverkehrssteuer, Luxussteuer für Theater, Kinos, Schaumweinsteuer einführen, sowie mehrerer Gebühren erhöhen. Dann griffen wir auch zu dem Mittel, den Staat zur Entschädigung für besondere Kriegsauslagen, die wir bisher auf ca. 60 Millionen schätzten, heranzuziehen. Die jetzige Regierung verschließt sich im Prinzip keineswegs dieser gerechten Forderung.

Die lange Reihe der aufgezählten Reformen im Städteleben konnte natürlich nur mit Hilfe mächtiger Investitionen vonstatten gehen. Diese bedingten wieder große Anleihen. Unsere Schuldenlast stieg auch während vierzig Jahren von 26 auf 358 Millionen Kronen. Da wir aber sämtliche Anleihen und außerdem noch 160 Millionen Kronen von den ordentlichen Jahreseinnahmen investiert haben, da demzufolge eine halbe Milliarde Kronen Investitionen als Vermögenszuwachs figurieren, ist dieses Bild nur den kleinmütigen Seelen traurig, um so mehr als die Früchte dieser Investitionen, besonders der kommunalen Betriebe, von der kommenden Generation sicher noch mehr genossen werden können, als es heute der Fall sein kann.

Das gesamte Vermögen der Hauptstadt belief sich im Jahre 1873 auf 107 1/2 Millionen Kronen, im Jahre 1913 aber auf 645 Millionen Kronen, nach Abzug der Lasten belief sich das Reinvermögen der Hauptstadt im Jahre 1874 auf 80 Millionen Kronen, heute auf 288 Millionen Kronen, was einen Zuwachs von 250 Prozent bedeutet.

Ohne eitles Ruhmreden muß daher festgestellt werden, daß die Arbeit Budapests während dieser Zeit nicht unbeträchtliche Ergebnisse erzielt hat.

Es würde zu weit führen, alle die Komponenten anzuführen, die dieses Ergebnis gezeitigt haben. Im allgemeinen soll nur gesagt sein, daß hier alle gestaltenden Kräfte des emporschreitenden Ungarn mitgewirkt haben, die seit dem staatsrechtlichen Ausgleich mit Oesterreich im Jahre 1867 wieder frei wurden. Statt dessen will ich noch in einigen Worten auf die Haupthindernisse der Entwicklung hinweisen. Budapest vermißt hauptsächlich einen Faktor, der viel zum Emporblühen anderer Haupt- und Residenzstädte mächtig beigetragen hat: das eigentliche Hofleben. Unsere früheren Gesetze wurden auch nicht müde, zu verlangen, daß Seine Majestät der König einen größeren Teil des Jahres, meist wird ein halbes Jahr verlangt, in Ungarn, in seiner ungarischen Residenz verbringe. Zweitens kann nicht verschwiegen werden, daß Parlament und Regierung nur zu selten auf der Höhe der Erkenntnis von der Bedeutung der Hauptstadt und überhaupt der Städte waren. Dies muß auch wesentlich dem bisherigen System der Volksvertretung und des engherzigen Wahlrechtes zur Schuld angerechnet werden. Ein schlagender Beweis ist, daß wir uns noch immer in den Schranken eines 45-jährigen veralteten Organisationsgesetzes bewegen müssen, das schon damals zu beschränkend war und dem Mißtrauen gegenüber der materiellen und kulturellen Reife der Bürger entsprang. Daher der plutokratische Grundzug des Stadtrechtes, daher der Wahlpruch: Je mehr Bevormundung, je weniger Autonomie. Magistratsrat Dr. Harrer wies bei der letzten Tagung auf die Verfügungen dieses Gesetzes hin, die sich auf die Ausbreitung des Genehmigungsrechtes der Regierung, auf die Berufung etc. beziehen. Außer den verwaltungsrechtlichen Beschränkungen hemmen uns noch viel stärker die finanzrechtlichen Beschränkungen, und die Praxis der Regierungen gegenüber unseren Finanzplänen. Wir haben zwar einen eigenen Haushalt, wir können Steuerzuschläge, Gebühren etc. und auch neue selbständige

Steuern einführen, „falls die Steuerquellen vom Staate nicht in Anspruch genommen sind, die Steuern die Einkünfte des Staates, die Interessen des Gewerbes und Handels nicht gefährden und solche Beschlüsse vom Staate genehmigt werden“. Diese Formel des Gesetzes bedeutet wohl nicht das Maß der zu wünschenden Selbstständigkeit! Es ist also kein Wunder, wenn Budapest schon seit Jahren für ein neues Organisationsgesetz eingetreten ist, das auch die Mängel der Repräsentation der Bürger wirklich demokratisch zu gestalten hat. Auch müssen durch dieses Gesetz die Verhältnisse des hauptstädtischen Baurates und der Polizei zur Hauptstadt in einem Sinne geregelt werden, daß die Reibungsflächen zwischen Stadt und diesen uns interpolierten Behörden vermieden werden.

Auf der Gedenkfeier des 40jährigen Bestehens der vereinigten Hauptstadt entwarf Bürgermeister Dr. Barczy mit feurigem Glauben und gleicher Liebe ein glänzendes Bild von dem zukünftigen Budapest. Dieses Bild entstand auf dem Grunde der Tatsachen der Vergangenheit und zog die wahrscheinlichen Richtungslinien des Fortschrittes. So kühn auch die Perspektive war, so mußte sie doch als real betrachtet werden. Sie hatte aber eine Voraussetzung: die friedliche Arbeit. Jetzt ist die ganze Welt in allen Grundbedingungen der friedlichen, bürgerlichen Arbeit tief erschüttert worden, aber wir wollen weiter hoffen, weiter arbeiten und den Uebergang zur friedlichen Arbeit und zur Höherentwicklung vorbereiten.

Budapest war, — was Bevölkerungszahl anbelangt — im Jahre 1872 die sechzehnte Stadt Europas; heute ist sie die neunte. Sie hat seither Liverpool, Glasgow, Neapel, Manchester, Birmingham, Madrid und Marseille hinter sich gelassen, sie ringt mit Hamburg in der Völkerzahl. Von den acht ihr vorangehenden Städten gehören nur vier der westeuropäischen Kultur an, nämlich London, Paris, Berlin und Wien. Von diesen vier Metropolen knüpfen uns die engsten Bande an Berlin und Wien. Diesen beiden Waffenschwestern wollen wir als Vorbildern nacheifern, nicht in Neuzerkerkerien aus Eitelkeit, sondern in der mächtigen und soliden Entwicklung.

Mit dem Krieg kam im Anfang viel Wirrnis und Verzögerung. Aber bald wurde es anders. Das alte biblische Bild von den tempelbauenden Kämpfern Josuas wurde wieder zur Wahrheit: mit der einen Hand das Schwert schwingen, mit der andern Hand weiterbauen!

Trotz des widrigen Schicksals, trotz der uns aufgezwungenen Sparsamkeit, ja trotz Mangels an Materialien und Arbeitskräften halten Bürgerschaft und Behörde Budapests an den Idealen des zukünftigen Ungarns und der Hauptstadt fest. Der Krieg erschloß neue ungeahnte Kräfte und Reichtümer. Unter dem Drucke der Notwendigkeit kamen neue, große Schöpfungen zustande mit jugendlichem Mut, mit Arbeitsfreudigkeit, Schnelligkeit und Zündigkeit, — lauter Wesenszüge, die wir unserer, zu einer behäbigeren Arbeitsweise gewohnten Race selbst nicht für fähig hielten. (Als schönstes Beispiel will ich hier die Erschaffung der städtischen Wohlfahrtszentrale erwähnen, die allen Wohlfahrtszwecken vom Säuglingsschutz angefangen bis zur Volksernährung, Bekleidung etc. dient, erwähnen).

Budapest entdeckte seine kollektive Seele, erkannte die soziale Zusammengehörigkeit Aller und die Notwendigkeit der Befolgung des Wahlpruches: „bis dat qui cito dat“.

Die Bürgerfront bewies sich der Kriegsfront ebenbürtig und beide sind einander und den Waffenbrüdern eine feste Weh und treue Stütze, — sie werden es auch fürderhin sein.

Aus der Zeit.

Zur Politik und Geschichte.

Der Friede im Osten.

Der Friedensvertrag mit der ukrainischen Volksrepublik ist im Deutschen Reichstag am 22. Februar 1918 mit gewaltiger Mehrheit angenommen worden. Nur zwei Parteien, die Polen und die „unabhängigen“ Sozialdemokraten haben ihn abgelehnt diese, weil sie in ihm die Ursache zu neuem Völkerzweiss und nicht ein Instrument des Friedens sondern verstärkter Kriegsführung er-

blicken, jene, weil er eine alte nationale Forderung der Polen, die Zugehörigkeit des Cholmer Landes, unerfüllt läßt. Letzteren Ansprüchen wird dadurch Rechnung zu tragen versucht werden. daß durch eine Abänderung des Friedensvertrages einer gemischten Kommission die Aufgabe übertragen werden wird, im Cholmer Land eine Abgrenzung unter Berücksichtigung der ethnographischen Verhältnisse vorzunehmen.

Der glänzende Siegesmarsch unseres Ostheeres, der nach dem Abbruch der Friedensverhandlungen durch Trozki mit gewohnter Schlagfertigkeit sofort in Estland, Livland und in die Ukraine hinein begonnen hatte, hat nun auch dazu geführt, daß die bolschewistische Regierung sich entschloß, die deutschen Friedensbedingungen für Rußland anzunehmen.

Eine Neugestaltung der Dinge wird sich nunmehr im Osten vollziehen, und der Zweifrontenkrieg, in dem das deutsche Volk Unvergänglichliches vollbracht hat, wird der Vergangenheit angehören. Den Werken des Friedens werden wir uns an der Ostgrenze wenigstens fortan wie bisher ausschließlich widmen können.

Die deutsche Hanse in den Ostseeprovinzen.

Von Geheimrat Professor Dr. Dietrich Schäfer, Berlin.

Wer, von Stettin oder Lübeck kommend, in die Düna einfährt und die Türme Rigas emporsteigen sieht, der gewinnt von dieser Metropole der „Ostseeprovinzen“ denselben Eindruck wie wenn er sich auf der Trave oder Warnow von der See her Lübeck oder Rostock nähert. Betritt er die Stadt selbst, so wird er diesen Eindruck nur verstärkt empfinden. Wer durch die Straßen von Alt-Riga schlendert, kann wähen, in Stralsund oder Danzig zu sein; er wandelt auf dem Pflaster einer Hansestadt, die Freuden und Leiden des Bundes so ziemlich während seines ganzen Bestehens geteilt hat. Jede andere größere Stadt der Ostseeprovinzen würde im Deutschen die gleichen Empfindungen erwecken.

Vor mehr als 700 Jahren, im letzten Jahrzehnt der Regierung Friedrich Barbarossas, wurde „Livland aufgesegelt“. Es geschah von Lübeck her, das, nicht lange vorher begründet, eben aus einer herzoglichen eine kaiserliche Stadt geworden, aus der Hand Heinrichs des Löwen in die des Rotbarts übergegangen war. Es war damals die einzige deutsche Stadt an der ganzen Ostseeküste; an den Ufern dieses Meeres wohnten sonst überhaupt noch keine Deutschen. Die neue Stadt lag in seinem innersten Winkel; so wurde sie der natürliche Ausgangspunkt für alle Unternehmungen niederländischer und westfälischer Männer auf dem Baltischen Meere. Die ersten, die das neue Land erreichten, waren Angehörige der bremischen Diözese. Ueber Lübeck sind die Sendboten des Christentums und die Ritter, die Bürger und die Bauern gekommen; sie haben deutsche Sprache und deutsche Art und mit ihnen das Christentum im fernsten Osten, in Preußen und Livland, verbreitet. Das zuerst, fast ein halbes Jahrhundert vor Preußen, erkundete Livland hat bis ins 19. Jahrhundert den gebräuchlichen Namen für alle drei „deutschen Ostseeprovinzen“ Kurland, Livland und Estland gegeben.

Des Zusammenhanges mit der Travestadt ist man sich bei den Kolonisten bewußt geblieben. 1261 schreibt der Meister der Deutschordensbrüder in Livland an Lübeck: „Durch das Blut Eurer Väter und Brüder, Eurer Söhne und Freunde ist das Feld des Glaubens in diesen Landen wie ein auserwählter Garten oft benetzt worden“, 1274 dann der Bischof von Dorpat ebenfalls an Lübeck: „Durch die Mühen, die Schätze und das Blut der Kaufleute ist die junge Kirche in Livland und Estland zur Erkenntnis ihres Schöpfers unter göttlicher Gnade erstmals geführt worden“, und in demselben Jahre Reval: „Wir müssen zusammenhalten, wie die zwei Arme eines Kreuzes“. Klarer kann man nicht zum Ausdruck bringen, wie das Deutschtum diesseits und jenseits sich verbunden fühlte.

Im Laufe des 13. Jahrhunderts hat der Südrand der Ostsee bis hinauf nach Reval und Narwa sich mit Städten umsäumt. Sie sind alle — auch diejenigen, die ihren Namen einer vorher bestehenden slawischen Siedlung entlehnt haben,